

STIMMEN AUS DEM NETZ FREISPRUCH FÜR „LIFELINE“-KAPITÄN REISCH: DAS SAGEN LESER

„Gab es daran Zweifel? Herzlichen Glückwunsch Kapitän Reisch und dem Team Lifeline!“

Michael Schaible via Facebook

„Menschen schleusen ist die falsche Hilfe! Man kann ihnen nur im Heimatland helfen.“

Yvette Silling via Facebook

„Ginge es ihm um die Rettung dieser Menschen, würde er sie direkt an die nächste Küste bringen.“

Gisela Wehnert via Facebook

DISKUTIEREN SIE MIT:

News rund um die Uhr auf allen Kanälen. Teilen Sie Ihre Meinung mit - auf Facebook, per Mail oder per Brief.

MZ.de/facebook
redaktion.leserbrieife@dumont.de
Delitzscher Straße 65, 06112 Halle

Die meist gelesenen Artikel auf www.MZ.de

So glücklich wie noch nie Wendler-Freundin Laura Müller im Playboy
Feuer in Dessau Wohnung brennt völlig aus - Feuerwehrmann verletzt
Wegen Patentstreit Whatsapp schafft praktische Funktion ab

KOMMENTAR

Europa schaut den Kriegern zu



MARKUS KOCH fordert endlich eine Strategie für die Krisen am Mittelmeer.

Das Jahr 2020 beginnt mit so vielen Krisen, dass es schwer fällt, die Übersicht zu behalten. Tagelang blickten alle gebannt auf Donald Trump und den Iran. So haben die meisten Europäer glatt übersehen, dass zu Beginn dieser Woche am Mittelmeer eine beachtliche militärische Eroberung stattgefunden hat, eine, die vielleicht sogar eines Tages in den Geschichtsbüchern stehen wird. Sirte, eine traditionsreiche libysche Hafenstadt, nur eine Flugstunde vom EU-Staat Malta entfernt, wurde nach langen Kämpfen von Rebellen übernommen.

In Libyen hat der Bürgerkrieg nach UN-Angaben bereits mehr als 1 000 Menschen das Leben gekostet, mehr als 140 000 wurden vertrieben. Hat Syrien uns nichts gelehrt? Über Jahre hinweg haben die Europäer versucht, das dortige Geschehen so gut es geht auszublenden - bis sie dann in der Flüchtlingskrise 2015 einen umso höheren Preis bezahlten.

Es wird Zeit für einen neuen Blick aufs Mittelmeer. Lange genug haben die Europäer hier nur eine fröhliche Freizeitlandschaft vermutet. Inzwischen aber ist das Mittelmeer, vor allem im Südosten, Schauplatz eines Mega-Machtkampfs geworden, bei dem es um sehr viele Dinge gleichzeitig geht: militärische Vorherrschaft, Wirtschafts- und Rohstoffinteressen, sozio-kulturelle und religiöse Dominanz.

Verblüffend schnell verschiebt sich gerade eine vermeintlich seit Jahrzehnten festliegende Tektonik. Mehr denn je wendet sich etwa der türkische Präsident den Russen zu. Zuletzt kaufte er Wladimir Putin sogar ein hochmodernes Raketenabwehrsystem ab. Als die Amerikaner daraufhin Sanktionen androhten, konterte Recep Tayyip Erdogan, in diesem Fall werde er die US-Luftwaffe vom türkischen Stützpunkt Incirlik vertreiben - für Russland wäre dies, nach Moskaus Triumph in

Syrien, ein weiterer historischer Geländegewinn.

Das US-Militär zeigt unterdessen in Griechenland eine Präsenz wie noch nie. Fernlenkkreuzer dümpeln vor den Küsten, strategische Bomber gehen in Stellung. Der konservative neue griechische Premier Kyriakos Mitsotakis warf sich am Dienstag bei einem Besuch im Weißen Haus mit vollem Schwung in die Arme von Trump: Hauptsache, die USA stehen den Griechen im heraufziehenden Großkonflikt mit der Türkei bei.

Alle Beteiligten markieren munter ihre Interessen. Die Türkei will eine Energiedrehscheibe werden, Griechenland aber auch. Und so ziehen die Regierungen Linien in die Zukunft, die einander eines Tages auf gefährliche Weise kreuzen können. Ein Beispiel: Zwischen Kreta und Libyen werden Billionen Kubikmeter Erdgas vermutet. Erdogan erklärte das Seegebiet kurzerhand zu einem Teil des türkischen Festlandsockels und teilte es in einem Vertrag mit „Libyen“ auf, rechts unten unterschrieben von einer Regierung, die in Libyen außer der Hauptstadt Tripolis schon nichts mehr beherrscht.

Dies wiederum erklärt die Eile, mit der jetzt türkische Truppen Tripolis zu Hilfe kommen. Hässlich, aber wahr: So stumpf geht derzeit Machtpolitik am Mittelmeer. Das 21. Jahrhundert hatte man sich anders vorgestellt.

Dem Westen fehlt eine Strategie, und ihm fehlt Geschlossenheit. Damit begünstigt er jene, die einfach mal die militärische Machtprobe suchen. So war es schon in Syrien: Dass es für den Konflikt dort „niemals eine militärische Lösung“ geben könne, predigten westliche Diplomaten so lange, bis ihnen Russland und die Türkei das Gegenteil vor Augen führten. **► Seite 5**

Den Autor erreichen Sie unter: redaktion.politik@mz-web.de

KOMMENTAR

AfD wird zum Präzedenzfall



MARKUS DECKER analysiert Klage der Partei gegen Verfassungsschutz.

Dass die AfD jetzt offenbar gegen den Verfassungsschutz klagen will, ist keine Überraschung. Denn dass das Kölner Bundesamt den „Flügel“ um Thüringens AfD-Chef Björn Höcke und die Jugendorganisation „Junge Alternative“ als so genannten Verdachtsfall führt, hat für die in Teilen offensichtlich rechtsextremistische Partei längst Konsequenzen. Weitere Konsequenzen könnten folgen.

Über den „Flügel“ kann der Verfassungsschutz nicht allein mit nachrichtendienstlichen Mitteln in größere Teile der AfD hineinschauen. Wird der „Flügel“ vom Prüffall zum Beobachtungsobjekt, könnte wegen dessen überragender Bedeutung in der AfD früher oder später auch die

Gesamtpartei zunächst zum „Prüffall“ und anschließend zum Beobachtungsobjekt werden. Am Ende stünde womöglich eine Verbotsdebatte.

So gesehen hat der juristische Streit eine enorme politische Bedeutung. Es geht dabei auch um die Frage, ob und wie ein demokratischer Rechtsstaat gegen eine Partei vorgehen kann, die mit der Demokratie wenig am Hut hat, bei der aber in einzelnen Ländern bis zu einem Viertel der Wahlberechtigten ihr Kreuzchen machen. Von der Antwort auf diese Frage hängt eine Menge ab. Und die Vokabel Präzedenzfall ist nicht zu hoch gegriffen. **► Seite 5**

Den Autor erreichen Sie unter: redaktion.politik@mz-web.de

Gesundheit am Scheideweg

Das Land muss seine Millionen für Krankenhäuser endlich zielgenau einsetzen.



„Wer sich Kooperationen verweigert, darf kein Steuergeld bekommen.“

Hagen Eichler
Landtagskorrespondent

Die Krankenhaus-Insolvenz im Burgenlandkreis hat kommunale Träger bundesweit aufgeschreckt. Überall grübeln Landräte und Kreistagsmitglieder, wie es mit öffentlich betriebenen Kliniken weitergeht: Sind die enormen Kosten noch zu stemmen? Wann ist der Punkt erreicht, an dem man bittere Entscheidungen treffen muss? Wird eine Fusion, ein Verkauf, selbst eine Schließung unter dem Druck der Zahlen irgendwann unvermeidbar?

Im Landtag gibt es große Sympathien für kommunal getragene Krankenhäuser. Linke, Grüne und die Mehrheit in der SPD halten die Privatisierung vergange-

ner Jahre für einen schweren Fehler. Die AfD, bei fast allen anderen Themen konträrer Ansicht, sieht es genauso. Diese lagerübergreifende Mehrheit ist überzeugt, dass Gesundheit kein Geschäft sein soll und aus Patienten kein Profit geschlagen werden darf. Immer häufiger fällt das Wort „Rekommunalisierung“, also die Rückübertragung privatisierter Krankenhäuser an die Kreise.

Praktische Folgen wird das allerdings auf absehbare Zeit nicht haben. Die Klinikkonzerne denken gar nicht an Verkauf, sie wollen eher expandieren. Eine Entscheidung aber ist schlicht nicht vorstellbar. Das Beispiel Burgenlandkreis zeigt ja gerade, dass

Kommunen keineswegs per se die besseren Träger sind. Der Landrat und der Kreistag dort müssen sich vielmehr fragen lassen, wie es zur finanziellen Schieflage des Klinikums kommen konnte.

Wenn das Land eine funktionierende Krankenhausstruktur erreichen will, steht zweierlei an: Die Investitionszuschüsse müssen steigen. Vor allem aber darf das Geld nicht länger in Doppel- und Dreifachstrukturen versickern. Kooperationen sind unumgänglich - wer sich dem verweigert, darf schlicht kein Steuergeld mehr bekommen. **► Seite 1**

Den Autor erreichen Sie unter: hagen.eichler@dumont.de



Deutungsspielraum

ZEICHNUNG: LUFF

LESERBRIEFE

Zu „Frage der Wertschätzung“, Thema: Die Herstellung von Cent-Münzen kostet weit mehr als der Nennwert der Geldstücke. Sie werden dennoch milliardenfach produziert, MZ vom 4. Januar 2020 Ich kann die Argumentation für die Ein- und Zwei-Cent-Münzen nicht nachvollziehen. Ein echter Beitrag wäre die Einführung von Ein- und Zwei-Euro-Banknoten! Man würde sich ein Teil des recht gewichtigen Hartgelds sparen und ein Zwei-Euro-Schein als Trinkgeld macht mehr her als eine Zwei-Euro-Münze. Ich erwarte allerdings nicht, dass die

Ein- und Zwei-Cent-Münzen aus dem Verkehr gezogen werden. Man könnte diese dann nicht mehr in Dosen und Gläsern sammeln - schade, oder?
Thomas Herfurth
per E-Mail

Zu „Freude über kleine Löwen“ und zu „Zoos in Angst um Tiere“, Thema: Drei weiße Löwenbabys werden im Magdeburger Zoo geboren, MZ vom 18. Dezember 2019 und 4. Januar 2020 Seit Jahren wird immer wieder über die weißen Löwen berichtet, die im Zoo Magdeburg offen-

sichtlich immer wieder gezielt gezüchtet werden. „Die sind ja sooooo süüüüß“, heißt es dann oft. Albinos in der Wildnis sind allerdings meist kaum überlebensfähige Tiere. Im Zoo Magdeburg werden sie aber dennoch gezüchtet. Angeblich dienen Zoos ja dem Arterhalt. In Wirklichkeit sind es Geldmaschinen, die immer wieder mit neuen „Sensationen“ zahlende Besucher anlocken müssen. Da wird eben auch einmal wider die Natur gezüchtet.

Axel Augustin
Halle/per E-Mail

Konzepte der Energiewende müssen auf Prüfstand

Zu „Geld für Windrad-Skeptiker“ und „Belastung ja, Gewinne nein“, Thema: Debatte um weiteren Windkraftausbau MZ vom 3. Januar Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Bau von Erneuerbarer Energiequellen in Deutschland ist an seinen geografischen, physikalischen, technologischen und vor allem ökonomischen Grenzen angelangt. Wer jetzt noch ein „Wind-

bürgergeld“ fordert, muss sich fragen lassen, woher denn dieses Geld kommen und was es bewirken soll. Der rechnerische Effekt der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen durch jede neu hinzugebaute Windenergiebeziehungsweise Photovoltaikanlage wird sofort wieder nahezu zunichte gemacht durch notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung des öffentlichen Netzes. Weil es keine Speicher

gibt, muss ein Überschuss von Wind- und Sonnenstrom abge-regelt oder mit Zuzahlung von „Entsorgungskosten“ exportiert werden. Daten belegen dies: 2019 gab es 232 Stunden mit solchen „negativen Preisen“ an der Leipziger Strombörse, 74 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Bundesland Schleswig-Holstein ist etwa zur Hälfte von in Deutschland angeordneten Abregelungen der Windanlagen

betroffen. Die Windpark-Betreiber müssen laut Gesetz trotzdem für die entgangenen Einkünfte für diesen Geisterstrom entschädigt werden. Im ersten Quartal 2019 waren dies im Mittel mehr als vier Millionen Euro täglich. Will man die Reduktionsziele für CO₂ bis 2030 erreichen, müssen sofort alle Konzepte der Energiewende auf den Prüfstand. **Sigismund Kobe**, per E-Mail

Mitteldeutsche Zeitung
Naumburger Tageblatt

Unabhängig - Überparteilich

Liebe Leserin, lieber Leser, haben Sie Fragen zum Abo oder Anregungen oder Kritik zur aktuellen Ausgabe? Ihr Leserservice der Mitteldeutschen Zeitung hilft Ihnen gern weiter.

Aboservice
Mo-Fr 6-19 Uhr, Sa 6-14 Uhr,
Telefon: 0345 565-54 54

Kontakt zur Redaktion
Mo-Fr 10-18 Uhr,
Telefon: 0345 565-42 40

Digitale Angebote
Mo-Fr 9-19 Uhr, Sa 6-14 Uhr,
Telefon: 0345 565-27 00

Chefredakteur: Hartmut Augustin | **Stellvertretender Chefredakteur:** Kai Gauselmann | **Mitglieder der Chefredaktion:** Rainer Wozny (CvD Print), Yvonne Müller (Digital), Lars Geipel (CvD Regional/Lokal) | **Chef vom Dienst Digital:** Gero Hirschelmann | **Kultur:** Andreas Montag | **Sport:** Christoph Karpe | **Entwicklung/Neue Medien/Sonderprojekte:** Jessica Quick (alle verantwortlich) | **Foto/Video:** Andreas Stedter | **Produktion:** Bernd Martin

Regionale Redaktion Naumburg Nebra
Albrecht Günther (Leitung), Michael Heise (Stellvertreter)

Verlag und Regionale Redaktion
Geschäftsführer: Olaf Döring, Björn Steingert
Zeitungsverlag Naumburg Nebra GmbH & Co. KG, Salzstraße 8, 06618 Naumburg
Postanschrift: Salzstraße 8, 06618 Naumburg
E-Mail: naumburger.tageblatt@nt.de
Internet: www.nt.de

Verlag
Telefon: 03445-230 78 33,
Fax: 03445-230 78 39

Redaktion
Telefon: 03445/230 78 10,
Fax: 03445-230 78 19

Mantelredaktion: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung, GmbH & Co. KG, Delitzscher Straße 65, 06112 Halle

Anzeigenleitung: Heinz Alt
Druck: MZ Druckereigesellschaft mbH, Fietze-Schulze-Str. 3, 06116 Halle

Monatsabonnement: 34,20 Euro inklusive Zustellgebühren bei Botenzustellung und Mehrwertsteuer: 40,65 Euro bei Lieferung durch die DP AG. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 25 vom 1. Januar 2020

Die auf dieser Seite veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Es besteht kein Anspruch auf eine Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Leserbriefen das Recht zum Kürzen vor.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt bzw. infolge von Streik besteht kein Entschädigungsanspruch.